



Mitteilungsblatt

9. Juli 1997

Nr. 40

Inhalt:

Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Versorgungstechnik vom 16. 4. 1996

(in der Fassung des Änderungsbeschlusses vom 10. 10. 1996 und vom 24. 3. 1997)

Soweit nachstehend durchgängig die männliche Form verwendet wird, geschieht dies ausschließlich wegen der besseren Lesbarkeit und hat keine weitergehende inhaltliche Bedeutung.

Herausgeber:

Der Rektor der Fachhochschule Lausitz

Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg

Tel. 0 35 73/85 0

Fax 0 35 73/85-20 9

Internet <http://www.fh-lausitz.de>

email rektor-office@fh-lausitz.de

Inhalt

Seite

I. Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung, Studienordnung	4
§ 2 Ziel des Studiums, Zweck der Prüfung, Diplomgrad	4
§ 3 Praktische Tätigkeit als Studienvoraussetzung	4
§ 4 Regelstudienzeit, Studienumfang	5
§ 5 Umfang und Gliederung der Prüfungen	5
§ 6 Prüfungsausschuß	6
§ 7 Prüfer und Beisitzer	6
§ 8 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen	7
§ 9 Einstufungsprüfung	7
§ 10 Bewertung von Prüfungsleistungen	8
§ 11 Wiederholung von Prüfungsleistungen	9
§ 12 Beratungsgespräch	9
§ 13 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß	10

II. Fachprüfungen

§ 14 Ziel, Umfang und Form der Fachprüfungen	10
§ 15 Zulassung zu Fachprüfungen	11
§ 16 Durchführung von Fachprüfungen	12
§ 17 Klausurarbeiten	13
§ 18 Mündliche Prüfungen	13

III. Studienbegleitende Leistungsnachweise

§ 19 Allgemeines	14
§ 20 Leistungsnachweise als Zulassungsvoraussetzung für Prüfungen (Prüfungsvorleistungen - PVL)	14
§ 21 Leistungsnachweise in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind	15

IV. Diplomvorprüfung, Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums

§ 22 Diplomvorprüfung	15
§ 23 Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums	15

V. Praktisches Studiensemester

§ 24 Praktisches Studiensemester	15
----------------------------------	----

VI. Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Hauptstudiums

§ 25 Fachprüfungen und Leistungsnachweise	16
---	----

VII. Diplomarbeit und Kolloquium

§ 26 Diplomarbeit	16
§ 27 Zulassung zur Diplomarbeit	17
§ 28 Ausgabe und Bearbeitung der Diplomarbeit	18
§ 29 Abgabe und Bewertung der Diplomarbeit	18
§ 30 Kolloquium	18

VIII. Ergebnis der Diplomprüfung, Zusatzfächer

§ 31 Ergebnis der Diplomprüfung	19
§ 32 Zeugnis, Gesamtnote	20
§ 33 Zusatzfächer	20

IX. Schlußbestimmungen

§ 34 Einsicht in die Prüfungsakten	21
§ 35 Ungültigkeit von Prüfungen	21
§ 36 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften	21

Anlage:

Fachprüfungen und Leistungsnachweise im Studiengang Versorgungstechnik

I. Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich der Prüfungsordnung, Studienordnung

(1) Diese Prüfungsordnung gilt für den Abschluß des Studiums an der Fachhochschule Lausitz, Studiengang Versorgungstechnik mit den Studienrichtungen Technische Gebäudeausrüstung und Kommunale Ver- und Entsorgungstechnik. Sie regelt gemäß § 14 BbgHG die Diplomvorprüfung und die Diplomprüfung.

(2) Auf der Grundlage dieser Prüfungsordnung wird eine Studienordnung aufgestellt, die Inhalt und Aufbau des Studiums im Studiengang Versorgungstechnik unter Berücksichtigung der fachlichen und hochschuldidaktischen Entwicklung und der Anforderungen der beruflichen Praxis regelt.

§ 2

Ziel des Studiums, Zweck der Prüfung, Diplomgrad

(1) Die Diplomprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluß des Studiums.

(2) Das zur Diplomprüfung führende Studium soll unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 8 BbgHG) dem Studierenden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere die anwendungsbezogenen Inhalte seines Studienfachs vermitteln und ihn befähigen, wissenschaftliche Methoden anzuwenden, praxisgerechte Problemlösungen zu erarbeiten und dabei auch außerfachliche Bezüge zu beachten. Das Studium soll die schöpferischen und gestalterischen Fähigkeiten des Studierenden entwickeln und ihn auf die Diplomprüfung vorbereiten.

(3) Durch die Diplomprüfung soll festgestellt werden, ob der Kandidat die für eine selbständige Tätigkeit im Beruf notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat und befähigt ist, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden selbständig zu arbeiten.

(4) Aufgrund der bestandenen Diplomprüfung wird der Hochschulgrad verliehen, dessen Bezeichnung durch § 21 BbgHG in der jeweils geltenden Fassung bestimmt wird; das ist der Diplomgrad "Diplom-Ingenieur (Fachhochschule)" bzw. "Diplom-Ingenieurin (Fachhochschule)", abgekürzt "Dipl.-Ing. (FH)".

§ 3

Praktische Tätigkeit als Studienvoraussetzung

(1) Als Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums wird neben der Fachhochschulreife der Nachweis einer praktischen Tätigkeit gefordert.

(2) Die praktische Tätigkeit soll einer fachverwandten Berufstätigkeit von mindestens 12 Wochen (acht Wochen Grundpraktikum und vier Wochen Fachpraktikum) entsprechen. Über die Anrechnung praktischer Tätigkeiten als Grund- oder Fachpraktikum entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

(3) Mindestens acht Wochen der praktischen Tätigkeit sind vor Aufnahme des Studiums abzuleisten; die restliche Praktikumszeit ist spätestens bis zur Meldung zur letzten Fachprüfung der Diplomvorprüfung nachzuweisen.

§ 4

Regelstudienzeit, Studienumfang

(1) Das Studium umfaßt eine Regelstudienzeit von acht Semestern. Die Regelstudienzeit schließt ein von der Fachhochschule begleitetes und betreutes praktisches Studiensemester von mindestens 20 Wochen (einschließlich der begleitenden Lehrveranstaltungen der FH Lausitz) und die Prüfungszeit ein.

(2) Das Studium gliedert sich in ein dreisemestriges Grundstudium und ein fünfsemestriges Hauptstudium einschließlich eines praktischen Studiensemesters. Einzelheiten dazu sind in der Studienordnung geregelt.

(3) Das Studium umfaßt höchstens 172 Semesterwochenstunden.

(4) Das praktische Studiensemester richtet sich nach der Ordnung für das praktische Studiensemester (OPS) der Fachhochschule Lausitz.

§ 5

Umfang und Gliederung der Prüfung

(1) Das Grundstudium wird durch die Diplomvorprüfung abgeschlossen. Sie besteht aus Fachprüfungen und Leistungsnachweisen. Das Nähere regelt § 22.

(2) Das Hauptstudium wird durch die Diplomprüfung abgeschlossen. Sie gliedert sich in Fachprüfungen und Leistungsnachweise, die Diplomarbeit und das Kolloquium zur Diplomarbeit.

(3) Fachprüfungen und Leistungsnachweise sollen zu dem Zeitpunkt stattfinden, an dem das jeweilige Fach im Studium des Kandidaten abgeschlossen wird.

(4) Das Thema der Diplomarbeit wird während des siebenten Semesters und so rechtzeitig ausgegeben, daß das Kolloquium vor Ablauf des folgenden Semesters durchgeführt werden kann. Das Kolloquium soll innerhalb von zwei Monaten nach Abgabe der Diplomarbeit stattfinden.

(5) Die Meldung zum abschließenden Teil der Diplomprüfung (Antrag auf Zulassung zur Diplomarbeit) soll in der Regel vor Ende des siebenten Semesters erfolgen.

(6) Das Studium sowie das Prüfungsverfahren sind so zu gestalten, daß das Studium einschließlich der Diplomprüfung mit Ablauf des achten Semesters abgeschlossen sein kann.

§ 6 **Prüfungsausschuß**

(1) Der Prüfungsausschuß ist ein unabhängiges Prüfungsorgan des Fachbereiches Versorgungstechnik und wird vom Fachbereichsrat bestellt. Er besteht aus dem Vorsitzendem, zwei weiteren Mitgliedern der Gruppe der Professoren (§ 78 Abs. 1 Ziffer 1 des BbgHG), einem Mitglied der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter (§ 78 Abs. 1 Ziffer 3 des BbgHG) und einem Mitglied der Gruppe der Studierenden (§ 78 Abs. 1 Ziffer 2 BbgHG). In Abwesenheitsfällen wird der Vorsitzende durch das dazu bestimmte Mitglied des Prüfungsausschusses aus der Gruppe der Professoren vertreten. Für die Mitglieder des Prüfungsausschusses mit Ausnahme des Vorsitzenden werden Vertreter bestellt. Die Amtszeit der hauptberuflich an der Fachhochschule Lausitz tätigen Mitglieder beträgt zwei Jahre, die des studentischen Mitglieds ein Jahr.

(2) Der Prüfungsausschuß achtet auf die Einhaltung der Prüfungsordnung und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffenen Entscheidungen. Darüberhinaus veröffentlicht er in jedem Semester die Dauer der durchschnittlichen tatsächlichen Studienzeiten. Er berichtet dem Fachbereich über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und schlägt dem Fachbereich bei Abweichungen von der Regelstudienzeit Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten vor. Maßnahmen zur Prüfungsorganisation trifft der Prüfungsausschuß selbst. Der Prüfungsausschuß kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche.

(3) Der Prüfungsausschuß nach Absatz 1 ist beschlußfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder anwesend oder ordnungsgemäß vertreten sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, deren Stellvertreter, die Prüfer und die Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seines Vorsitzenden sind dem Kandidaten unverzüglich mitzuteilen.

§ 7 **Prüfer und Beisitzer**

(1) Der Prüfungsausschuß bestellt die Prüfer und die Beisitzer. Zum Prüfer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt oder eine vergleichbare Qualifikation erworben hat. Sind mehrere Prüfer zu bestellen, soll mindestens ein Prüfer in dem betreffenden Prüfungsfach gelehrt haben. Zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt oder eine vergleichbare Qualifikation erworben hat (sachkundiger Beisitzer). Die Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

(2) Der Kandidat kann für mündliche Fachprüfungen einen Prüfer oder mehrere Prüfer vorschlagen. Er kann ferner einen Prüfer als Betreuer der Diplomarbeit vorschlagen. Der Prüfungsausschuß achtet darauf, daß die Prüfungsverpflichtung möglichst gleichmäßig auf die Prüfer verteilt wird. Auf den Vorschlag des Kandidaten ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

(3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, daß dem Kandidaten die Namen der Prüfer rechtzeitig bekanntgegeben werden. Die Bekanntgabe soll zugleich mit der Zulassung zur Prüfung, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Prüfung oder der Ausgabe der Diplomarbeit erfolgen. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

§ 8

Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Erbrachte Prüfungs- und Studienleistungen, Praktika und praktische Studiensemester in gleichnamigen oder anderen Hochschulstudiengängen im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes werden auf schriftlichen Antrag anerkannt, sofern ihre Gleichwertigkeit nachgewiesen ist.

(2) Zwischenprüfungen, andere gleichwertige Prüfungsleistungen und Diplomvorprüfungen, die bei mindestens gleicher Länge des Grundstudiums in gleichnamigen Hochschulstudiengängen im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag als Diplomvorprüfung anerkannt. Zwischenprüfungen, andere gleichwertige Prüfungsleistungen und Diplomvorprüfungen, die in nicht gleichnamigen Hochschulstudiengängen im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag als Diplomvorprüfung anerkannt, sofern ihre Gleichwertigkeit nachgewiesen wird.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für die in einem staatlich anerkanntem Fernstudium erworbenen Zeugnisse, Bescheinigungen und Leistungsnachweise entsprechend.

(4) Gleichwertige Studienzeiten und Studien- und Prüfungsleistungen an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereiches des Hochschulrahmengesetzes werden auf Antrag angerechnet. Für die Feststellung der Gleichwertigkeit von Studien- und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Rektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend.

(5) Die Entscheidungen nach den Absätzen 1 bis 4 trifft der Prüfungsausschuß.

§ 9

Einstufungsprüfung, Eignungsprüfung

(1) Studienbewerber mit Hochschulzugangsberechtigung, die für ein erfolgreiches Studium erforderliche Kenntnisse und Fähigkeiten auf andere Weise als durch ein Studium erworben haben, sind nach dem Ergebnis einer Einstufungsprüfung aufgrund von § 17 Abs. 1 BbHG berechtigt, das Studium in einem dem Ergebnis entsprechenden Abschnitt des Studiengangs aufzunehmen, soweit nicht Regelungen über die Vergabe von Studienplätzen entgegenstehen.

(2) Nach dem Ergebnis der Einstufungsprüfung können dem Studienbewerber eine praktische Tätigkeit gemäß § 3, ein praktisches Studiensemester im Sinne des § 4 Abs. 1 Satz 2, die

Teilnahme an Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen und die entsprechenden Leistungsnachweise sowie Prüfungsleistungen in Fachprüfungen ganz oder teilweise erlassen werden; dies gilt nicht für die Fachprüfungen und Leistungsnachweise, die nach der Studienordnung und dem Studienplan in der Regel zum Ende des siebenten Semesters stattfinden sollen. Über die Entscheidung erhält der Kandidat eine Bescheinigung.

(3) Wer mindestens 24 Jahre alt ist, den Abschluß der Sekundarstufe I, einen entsprechenden Abschluß oder eine für das beabsichtigte Studium geeignete Berufsausbildung abgeschlossen und danach mehrjährige Berufserfahrung erworben hat oder wer die Meisterprüfung in einem für das beabsichtigte Studium geeigneten Beruf erfolgreich abgelegt hat, kann zu einer fachrichtungsbezogenen Eignungsprüfung zugelassen werden. In der Prüfung ist festzustellen, ob der Kandidat die für das Studium in einer bestimmten Fachrichtung erforderliche Qualifikation besitzt. Vor der Prüfung kann ein Probese semester absolviert werden.

Das Nähere regelt die Verordnung über den Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne Hochschulzugangsberechtigung vom 16.12.1992 in ihrer jeweils gültigen Fassung. Ergänzend findet die Eignungsprüfungsordnung der Hochschule vom 01.07.1993 in ihrer jeweils gültigen Fassung Anwendung.

§ 10

Bewertung von Prüfungsleistungen

(1) Prüfungsleistungen sind durch Noten differenziert zu beurteilen. Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(2) Sind mehrere Prüfer an einer Prüfung beteiligt, so bewerten sie die gesamte Prüfungsleistung gemeinsam, sofern nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

(3) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1	sehr gut	eine hervorragende Leistung;
2	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3	befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5	nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur weiteren Differenzierung der Bewertung können um 0,3 verminderte oder erhöhte Notenziffern verwendet werden; die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

(4) Bei der Bildung von Noten aus Zwischenwerten ergibt sich ein rechnerischer Wert

bis 1,5	die Note "sehr gut"
über 1,5 bis 2,5	die Note "gut"
über 2,5 bis 3,5	die Note "befriedigend"

über 3,5 bis 4,0
über 4,0

die Note "ausreichend"
die Note "nicht ausreichend"

Hierbei werden Zwischenwerte nur mit der ersten Dezimalstelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen hinter dem Komma werden ohne Rundung gestrichen.

§ 11

Wiederholung von Prüfungsleistungen

(1) Die Diplomvorprüfung und die Diplomprüfung können jeweils in den Teilen, in denen sie nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, wiederholt werden. Die Wiederholung soll in der Regel im Prüfungszeitraum des auf den erfolglosen Versuch folgenden Semesters stattfinden.

(2) Eine nicht bestandene Fachprüfung kann zweimal wiederholt werden. Danach ist die Fachprüfung endgültig nicht bestanden.

(3) Die Diplomarbeit und das Kolloquium können je einmal wiederholt werden.

(4) Eine mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertete Prüfungsleistung kann nicht wiederholt werden.

(5) Versäumt ein Kandidat, der das Kolloquium erstmals nicht bestanden hat, sich innerhalb von zwölf Monaten erneut zum Kolloquium zu melden, erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, daß der Kandidat das Fristversäumnis nicht zu vertreten hat. Die erforderlichen Feststellungen trifft der Prüfungsausschuß.

§ 12

Beratungsgespräch

(1) Sind gegenüber dem in der Studienordnung festgelegten Studienplan insgesamt fünf Prüfungen nicht bestanden oder wird eine Prüfung in einem Fach zum zweiten Mal nicht bestanden, so führt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder sein Stellvertreter mit dem Studenten ein Beratungsgespräch. Der Student kann zu diesem Beratungsgespräch einen Angehörigen der Fachhochschule Lausitz seines Vertrauens hinzuziehen. Das Gespräch findet vertraulich statt.

(2) Ziel des Beratungsgespräches ist es, Ursachen für den mangelhaften Studienerfolg zu ergründen und individuelle Abhilfemaßnahmen zu erarbeiten.

(3) Als Ergebnis des Beratungsgespräches werden dem Prüfungsausschuß Maßnahmen empfohlen, die geeignet sind, den Studienerfolg in angemessener Zeit zu erreichen. Solche Maßnahmen können sein:

- a) Ermahnung des Studenten
- b) Setzung einer Frist zur Erbringung bestimmter Studienleistungen
- c) Individuelle Abwandlung des Studienplanes in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind, sofern die neu geforderten Leistungen mit denen, die

durch sie ersetzt werden, gleichwertig sind und das Ziel des Studiums gewährleistet bleibt.

d) Andere geeignete Maßnahmen.

Der Prüfungsausschuß befindet auf der seiner nächsten, dem Beratungsgespräch folgenden Sitzung über diese Empfehlungen und teilt das Ergebnis dem Studenten unverzüglich mit.

§ 13

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, wenn der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftigen Grund nicht erscheint oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund von der Prüfung zurücktritt oder die Prüfungsleistung nicht vor Ablauf der Prüfung erbringt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der Kandidat die Diplomarbeit nicht fristgemäß abliefern. Wird die gestellte Prüfungsaufgabe nicht bearbeitet oder geht aus der Art der Bearbeitung offenkundig hervor, daß ein ernsthafter Wille zur Lösung der gestellten Aufgabe gefehlt hat, steht das der Säumnis nach Satz 1 gleich.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuß unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Kandidaten kann die Vorlage eines ärztlichen oder amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Erkennt der Prüfungsausschuß die Gründe an, so wird dem Kandidaten mitgeteilt, daß er die Zulassung zu der entsprechenden Prüfungsleistung erneut beantragen kann. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall umzurechnen.

(3) Versucht der Kandidat, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluß sind aktenkundig zu machen. Wird der Kandidat von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen, kann er verlangen, daß diese Entscheidung vom Prüfungsausschuß überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei Festlegungen eines Prüfers oder Aufsichtführenden gemäß Satz 1.

II. Fachprüfungen

§ 14

Ziel, Umfang und Form der Fachprüfungen

(1) In den Fachprüfungen (FP) soll festgestellt werden, ob der Kandidat Inhalt und Methoden der Prüfungsfächer in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbständig anwenden kann.

(2) Die Prüfungsanforderungen sind an dem Inhalt der Lehrveranstaltungen zu orientieren, die aufgrund der Studienordnung für das betreffende Prüfungsfach vorgesehen sind.

(3) Die Fachprüfung besteht in einer schriftlichen Klausurarbeit mit einer Bearbeitungszeit von mindestens eineinhalb Zeitstunden, in einer mündlichen Prüfung von mindestens dreißig Minuten Dauer oder einer anderen, der Art der Lehrveranstaltung angepaßten Prüfungsform. Der Prüfer legt die Prüfungsform und im Fall einer Klausurarbeit deren Bearbeitungszeit für alle Kandidaten der jeweiligen Fachprüfung einheitlich und verbindlich fest.

(4) Prüfungsleistungen in einer Fachprüfung können nach Maßgabe des § 9 Abs. 2 durch gleichwertige Leistungen in einer Einstufungsprüfung gemäß § 17 BbgHG ersetzt werden.

(5) Eine Fachprüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsleistung mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet worden ist.

(6) Fachprüfungen, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist, müssen von zwei Prüfern bewertet werden. § 7 und § 29 Abs. 2 sind entsprechend anzuwenden.

§ 15

Zulassung zu Fachprüfungen

(1) Zu einer Fachprüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. eine Qualifikation gemäß § 2 Abs. 1 der StO VE besitzt oder aufgrund einer Einstufungsprüfung gemäß § 17 Abs. 1 BbgHG bzw. § 9 dieser DPO zum Studium zugelassen worden ist,
2. eine nach § 3 geforderte praktische Tätigkeit abgeleistet hat,
3. die als Voraussetzung für die jeweilige Fachprüfung geforderten Prüfungsvorleistungen (PVL) erbracht hat oder bis zu einem vom Prüfungsausschuß festgesetzten Termin erbringt.

Satz 1 Nr. 2 findet keine Anwendung auf Fachprüfungen, die nach der Studienordnung und dem Studienplan vor der letzten Fachprüfung der Diplomvorprüfung abgelegt werden sollen.

Die in Satz 1 Nr. 2 und 3 genannten Voraussetzungen können durch entsprechende Feststellungen im Rahmen einer Einstufungsprüfung nach § 17 BbgHG ganz oder teilweise ersetzt werden.

(2) Kandidaten können Fachprüfungen des Hauptstudiums, die nach der Studienordnung und dem Studienplan zum Ende des siebenten Semesters stattfinden sollen, nur ablegen, wenn sie die Diplomvorprüfung (§ 22) bestanden und das Praktische Studiensemester mit Erfolg abgeleistet haben; Absatz 1 Satz 3 findet entsprechende Anwendung. Bei den in Satz 1 genannten Fachprüfungen des Hauptstudiums muß der Kandidat ferner seit mindestens einem Semester an der Fachhochschule Lausitz als Student eingeschrieben.

(3) In dem Zulassungsantrag genannte Vertiefungs- und Wahlpflichtfächer sind mit der Antragstellung verbindlich festgelegt.

(4) Der Antrag auf Zulassung ist bis zu dem vom Prüfungsausschuß festgesetzten Termin schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Der Antrag kann für mehrere Fachprüfungen zugleich gestellt werden, wenn diese Fachprüfungen innerhalb des gleichen Prüfungszeitraums oder die dafür vorgesehenen Prüfungstermine spätestens zu Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters stattfinden sollen.

(5) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen oder bis zu einem vom Prüfungsausschuß festgesetzten Termin nachzureichen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

1. die Nachweise über die in den Absätzen 1 und 2 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen und Leistungsnachweise nach § 5 Abs. 3 sowie über bisherige Versuche zur Ablegung einer Diplomprüfung bzw. Diplomvorprüfung im gleichen Studiengang,
3. eine Erklärung darüber, ob bei mündlichen Prüfungen einer Zulassung von Zuhörern widersprochen wird.

Ist es dem Kandidaten nicht möglich, eine nach Satz 1 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuß gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.

(6) Der Antrag auf Zulassung zu einer Fachprüfung kann schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bis eine Woche vor dem festgesetzten Prüfungstermin ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(7) Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, im Zweifelsfall der Prüfungsausschuß.

(8) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absatz 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
- b) die Unterlagen unvollständig sind und nicht bis zu dem vom Prüfungsausschuß festgesetzten Termin ergänzt werden oder
- c) der Kandidat eine entsprechende Fachprüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden oder eine Prüfungsvorleistung zu dieser Fachprüfung endgültig nicht erbracht hat oder im Geltungsbereich des Grundgesetzes die Diplomprüfung oder die Zwischenprüfung oder eine entsprechende Diplomvorprüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat.

Im übrigen darf die Zulassung nur versagt werden, wenn der Kandidat im Geltungsbereich des Grundgesetzes seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat.

§ 16

Durchführung von Fachprüfungen

(1) Die Fachprüfungen (FP) finden außerhalb der Lehrveranstaltungen statt.

(2) Für jedes Prüfungsfach ist mindestens ein Prüfungstermin im Semester anzusetzen. Er soll innerhalb eines Prüfungszeitraumes liegen, der vom Prüfungsausschuß festgesetzt und bei Semesterbeginn oder zum Ende des vorhergehenden Semesters bekanntgegeben wird. Der Prüfungstermin kann auch nach Ablauf oder vor Beginn der Vorlesungszeit liegen.

(3) Der Prüfungstermin wird dem Kandidaten rechtzeitig, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung, bekanntgegeben.

(4) Der Kandidat hat sich auf Verlangen des Prüfers oder Aufsichtführenden mit einem amtlichen Ausweis auszuweisen.

(5) Macht der Kandidat durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, daß er wegen körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Er hat dafür zu sorgen, daß durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für Behinderte nach Möglichkeit ausgeglichen wird. Im Zweifel kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses weitere Nachweise fordern.

§ 17

Klausurarbeiten

(1) In den Klausurarbeiten soll der Kandidat nachweisen, daß er in begrenzter Zeit und mit beschränkten Hilfsmitteln Probleme aus Gebieten des jeweiligen Prüfungsfachs mit geläufigen Methoden seiner Fachrichtung erkennen und auf richtigem Wege zu einer Lösung finden kann.

(2) Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln entscheidet der Prüfer.

(3) Die Prüfungsaufgabe einer Klausurarbeit wird in der Regel von nur einem Prüfer gestellt. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Prüfungsfach mehrere Fachgebiete zusammenfassend geprüft werden, kann die Prüfungsaufgabe auch von mehreren Prüfern gestellt werden. In diesem Fall legen die Prüfer die Gewichtung der Anteile an der Prüfungsaufgabe gemeinsam fest; ungeachtet der Anteile und ihrer Gewichtung beurteilt jeder Prüfer die gesamte Klausurarbeit.

§ 18

Mündliche Prüfungen

(1) Mündliche Prüfungen werden in der Regel vor einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers (§ 7 Abs. 1 Satz 3) oder vor mehreren Prüfern (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfungen oder als Einzelprüfungen abgelegt. Hierbei wird jeder Kandidat in einem Prüfungsfach in der Regel nur von einem Prüfer geprüft. Vor der Festsetzung der Note hat der Prüfer den Beisitzer oder die anderen Prüfer zu hören. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Prüfungsfach mehrere Fachgebiete geprüft werden, kann die Prüfung von mehreren Prüfern abgenommen werden.

(2) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Kandidaten unmittelbar im Anschluß an die mündliche Prüfung bekanntzugeben.

(3) Studenten, die sich in einem späteren Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen, sofern nicht ein Kandidat vor der Prüfung widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

III. Studienbegleitende Leistungsnachweise

§ 19

Allgemeines

- (1) In den studienbegleitenden Leistungsnachweisen soll aufgrund anerkannter oder bewerteter Studienleistungen festgestellt werden, daß der Kandidat während seines Studiums an Lehrveranstaltungen erfolgreich teilgenommen hat. Der Nachweis bloßer Teilnahme an einer Lehrveranstaltung stellt keinen Leistungsnachweis dar.
- (2) Ein unbenoteter Leistungsnachweis ist in der Regel erbracht, wenn die Lösung der im Verlauf der Lehrveranstaltung gestellten Aufgaben oder die erfolgreiche Durchführung der praktischen Übungen im Labor oder Praktikum in dem geforderten Mindestumfang anerkannt und durch das Urteil "mit Erfolg teilgenommen" bestätigt worden ist. Den Mindestumfang legt der für die Veranstaltung zuständige Lehrende fest.
- (3) Soll die erfolgreiche Teilnahme an Lehrveranstaltungen durch einen benoteten Leistungsnachweis festgestellt werden, muß die geforderte Studienleistung mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet worden sein. Für die Bewertung gilt § 10 entsprechend. Der Leistungsnachweis kann auch anerkannte Studienleistungen gemäß Absatz 2 und eine bewertete Studienleistung umfassen; aus deren Bewertung ergibt sich zugleich die Note des Leistungsnachweises. Besteht der Leistungsnachweis aus mehreren bewerteten Studienleistungen, ergibt sich die Note des Leistungsnachweises aus dem arithmetischen Mittel der gewichteten Einzelbewertungen; eine Regelung in der Studienordnung gemäß § 12 Abs. 4 BbG HG bleibt unberührt.
- (4) Für die Erbringung von Studienleistungen findet bei einer körperlichen Behinderung des Kandidaten die Vorschrift des § 16 Abs. 5 entsprechende Anwendung.

§ 20

Leistungsnachweise als Zulassungsvoraussetzung für Fachprüfungen (Prüfungsvorleistungen - PVL)

- (1) Als Zulassungsvoraussetzung für Fachprüfungen sind Leistungsnachweise (Prüfungsvorleistungen - PVL) zu erbringen. Die für diese Leistungsnachweise geforderten Studienleistungen sollen nach Gegenstand und Anforderung so auf den Inhalt der jeweiligen Lehrveranstaltung bezogen sein, daß die für das Fach vorgesehene Fachprüfung ihrem Zweck nach nicht vorweggenommen wird.
- (2) Als Prüfungsvorleistungen kommen insbesondere schriftliche Ausarbeitungen (Hausarbeiten), gegebenenfalls in Verbindung mit einem Kolloquium, Klausurarbeiten, Referate, Entwürfe, Berechnungen, Konstruktionen, Versuche im Labor oder Praktikum mit schriftlicher Auswertung, sowie mündliche Leistungen in Fachgesprächen in Betracht. Die Form wird im Einzelfall von dem für die Veranstaltung zuständigen Lehrenden festgelegt.
- (3) Soll die erfolgreiche Teilnahme an einer Lehrveranstaltung durch einen benoteten Leistungsnachweis festgestellt werden, wird dies von dem für die Veranstaltung zuständigen Lehrenden zu Beginn des Semesters bekanntgegeben.

§ 21

Leistungsnachweise in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind

(1) In Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind, müssen ergänzende Leistungsnachweise (LN) erbracht werden. Sie dienen dem Nachweis hinreichender Fachkenntnisse im jeweiligen Fach; außerdem soll die Anwendung der Fachkenntnisse und der Methoden des Faches überprüft werden.

(2) Leistungsnachweise in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind, beruhen auf bewerteten Studienleistungen, die nach Anforderung und Verfahren einer Prüfungsleistung gleichwertig sind. Die Gleichwertigkeit mit einer Prüfungsleistung setzt insbesondere voraus, daß die Studienleistungen unter prüfungsmäßigen Bedingungen erbracht und von prüfungsberechtigten Personen (§ 7 Abs. 1) abgenommen und benotet werden.

IV. Diplomvorprüfung, Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums

§ 22

Diplomvorprüfung

(1) Die Diplomvorprüfung schließt den ersten Studienabschnitt (Grundstudium) ab. Sie besteht aus den studienbegleitenden Fachprüfungen (FP) des Grundstudiums und wird ergänzt durch die im Grundstudium vorgeschriebenen Leistungsnachweise (LN) gemäß § 21. Die Diplomvorprüfung ist bestanden, wenn der Student die Fachprüfungen des Grundstudiums bestanden und die Leistungsnachweise des Grundstudiums erbracht hat. Die Studienordnung und der Studienplan sind so zu gestalten, daß die Diplomvorprüfung am Ende des Grundstudiums vollständig abgelegt sein kann.

(2) Über die abgelegte Diplomvorprüfung stellt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Kandidaten eine Bescheinigung aus. Sie enthält die Noten der Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums.

§ 23

Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums

(1) Im Grundstudium sind Fachprüfungen (FP) und Leistungsnachweise (LN) in den in der Anlage aufgeführten Fächern abzulegen.

(2) Als Zulassungsvoraussetzung zu den Fachprüfungen des Grundstudiums sind Prüfungsvorleistungen gemäß § 20 in den in Anlage aufgeführten Fächern zu erbringen.

V. Praktisches Studiensemester

§ 24

Praktisches Studiensemester

(1) In das Studium ist eine berufspraktische Tätigkeit von mindestens 18 Wochen (Praktisches Studiensemester) integriert.

(2) Die Durchführung des praktischen Studiensemesters richtet sich nach der Ordnung für das praktische Studiensemester (OPS) der Fachhochschule Lausitz.

(3) Die Voraussetzungen für die Zulassung und die Inhalte des praktischen Studiensemesters und der begleitenden Lehrveranstaltungen werden in der Studienordnung festgelegt.

VI. Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Hauptstudiums

§ 25

Fachprüfungen und Leistungsnachweise

(1) Im Hauptstudium sind in den Studienrichtungen Technische Gebäudeausrüstung und Kommunale Ver- und Entsorgungstechnik gemäß der Anlage.

Fachprüfungen (FP) abzulegen und Leistungsnachweise (LN) zu erbringen.

(2) Als Zulassungsvoraussetzungen zu den entsprechenden Fachprüfungen werden in der Anlage aufgeführten Fächern die dort aufgeführten Prüfungsvorleistungen nach § 20 gefordert.

VII. Diplomarbeit und Kolloquium

§ 26

Diplomarbeit

(1) Die Diplomarbeit soll zeigen, daß der Kandidat befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe aus seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbständig zu bearbeiten. Die Diplomarbeit ist in der Regel eine eigenständige Arbeit mit einer planerischen, konstruktiven, experimentellen, analytischen oder einer anderen Aufgabenstellung und einer ausführlichen Beschreibung und Erläuterung ihrer Lösung. In fachlich geeigneten Fällen kann sie auch eine schriftliche Arbeit mit fachtheoretischem oder fachliterarischem Inhalt sein.

(2) Die Diplomarbeit kann von jedem, der gemäß § 7 Abs. 1 zum Prüfer bestellt worden ist, ausgegeben und betreut werden. Die Diplomarbeit darf mit Zustimmung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden, wenn sie dort ausreichend betreut werden kann. Dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für das Thema der Diplomarbeit sowie für den Betreuer zu machen.

(3) Auf Antrag sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, daß ein Kandidat rechtzeitig ein Thema für die Diplomarbeit erhält.

(4) Die Diplomarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des Einzelnen aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

§ 27

Zulassung zur Diplomarbeit

(1) Zur Diplomarbeit wird zugelassen, wer

1. im Studiengang Versorgungstechnik immatrikuliert ist
2. die Diplomvorprüfung gemäß § 22 dieser Diplomprüfungsordnung bestanden hat,
3. das Praktische Studiensemester erfolgreich abgeleistet hat,
4. die Fachprüfungen des Hauptstudiums bestanden hat,
5. die Leistungsnachweise des Hauptstudiums bis auf höchstens zwei erbracht hat,

sofern sich nicht nachstehend aus den Absätzen 2 oder 4 ein Versagungsgrund ergibt. Die Ausnahme in Satz 1 Nr. 5 gilt nicht für die Prüfung in einem Fach, das vom Thema der Diplomarbeit wesentlich berührt wird.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

1. die Nachweise über die in Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Bearbeitung einer Diplomarbeit und zur Ablegung der Diplomprüfung im Studiengang.

Dem Antrag soll eine Erklärung darüber beigefügt werden, welcher Prüfer zur Ausgabe und Betreuung der Diplomarbeit bereit ist.

(3) Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(4) Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und im Zweifelsfall der Prüfungsausschuß. Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
- b) die Unterlagen unvollständig sind oder
- c) im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine entsprechende Diplomarbeit des Kandidaten ohne Wiederholungsmöglichkeit mit "nicht ausreichend" bewertet worden ist oder
- d) sich an einer anderen Hochschule in einem schwebendem Diplomprüfungsverfahren im gleichen Studiengang befindet.

Im übrigen darf die Zulassung nur versagt werden, wenn der Kandidat im Geltungsbereich des Grundgesetzes seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat.

§ 28

Ausgabe und Bearbeitung der Diplomarbeit

(1) Die Ausgabe der Diplomarbeit erfolgt über den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem der Vorsitzende des Prüfungsausschusses das von dem Betreuer der Diplomarbeit gestellte Thema dem Kandidaten bekannt gibt; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(2) Die Bearbeitung (Zeitraum von der Ausgabe bis zur Abgabe der Diplomarbeit) beträgt drei Monate. Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, daß die Diplomarbeit innerhalb der vorgesehenen Frist abgeschlossen werden kann. Im Ausnahmefall kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf einen vor Ablauf der Frist gestellten begründeten Antrag die Bearbeitungszeit um bis zu acht Wochen verlängern. Der Betreuer der Diplomarbeit soll zu dem Antrag gehört werden.

(3) Im Fall einer körperlichen Behinderung des Kandidaten findet § 16 Abs. 5 entsprechende Anwendung.

§ 29

Abgabe und Bewertung der Diplomarbeit

(1) Die Diplomarbeit ist fristgemäß in mindestens zwei Ausfertigungen bei dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses abzuliefern. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Bei der Abgabe der Diplomarbeit hat der Kandidat schriftlich zu versichern, daß er seine Arbeit - bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und in Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(2) Die Diplomarbeit ist von zwei Prüfern zu bewerten. Einer der Prüfer soll der Betreuer der Diplomarbeit sein. Der zweite Prüfer wird vom Prüfungsausschuß bestimmt; einer der beiden Prüfer muß Professor an der Fachhochschule Lausitz sein. Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüfer wird die Note der Diplomarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, wird vom Prüfungsausschuß ein dritter Prüfer bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Diplomarbeit aus dem arithmetischen Mittel der drei Einzelbewertungen. Die Diplomarbeit kann jedoch nur dann mit "ausreichend" (4,0) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten "ausreichend" (4,0) oder besser sind. Alle Bewertungen sind schriftlich zu begründen.

§ 30

Kolloquium

(1) Das Kolloquium ergänzt die Diplomarbeit und ist selbständig zu bewerten. Es dient der Feststellung, ob der Kandidat befähigt ist, die Ergebnisse der Diplomarbeit, ihre fachlichen Grundlagen, ihre fächerübergreifenden Zusammenhänge und ihre außerfachlichen Bezüge mündlich darzustellen, selbständig zu begründen und ihre Bedeutung für die Praxis einzuschätzen. Dabei soll auch die Bearbeitung des Themas der Diplomarbeit mit dem Kandidaten erörtert werden.

(2) Zum Kolloquium kann der Kandidat nur zugelassen werden, wenn

1. die in § 27 Abs. 1 genannten Voraussetzungen für die Zulassung zur Diplomarbeit und die Einschreibung als Student nachgewiesen sind.
2. alle Fachprüfungen bestanden und alle vorgeschriebenen Leistungsnachweise erbracht sind,
3. die Diplomarbeit mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet worden ist.

Der Antrag auf Zulassung ist an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind die Nachweise über die in Satz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen beizufügen, sofern sie dem Prüfungsausschuß nicht bereits vorliegen; ferner ist eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen beizufügen. Der Kandidat kann die Zulassung zum Kolloquium auch bereits bei der Meldung zur Diplomarbeit (§ 27 Abs. 2) beantragen; in diesem Fall erfolgt die Zulassung zum Kolloquium, sobald alle erforderlichen Nachweise und Unterlagen dem Prüfungsausschuß vorliegen. Für die Zulassung zum Kolloquium und ihre Versagung gilt im übrigen § 27 Abs. 4 entsprechend.

(3) Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung (§ 18) durchgeführt und von den Prüfern der Diplomarbeit gemeinsam abgenommen und bewertet. Im Fall des § 29 Abs. 2 Satz 5 wird das Kolloquium von den Prüfern abgenommen, aus deren Einzelbewertungen die Note der Diplomarbeit gebildet worden ist. Das Kolloquium dauert mindestens dreißig Minuten. Für die Durchführung des Kolloquiums finden im übrigen die für mündliche Fachprüfungen geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

VIII. Ergebnis der Diplomprüfung, Zusatzfächer

§ 31

Ergebnis der Diplomprüfung

(1) Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn alle vorgeschriebenen Fachprüfungen bestanden, sowie die Diplomarbeit und das Kolloquium jeweils mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet worden sind.

(2) Die Diplomprüfung ist nicht bestanden, wenn eine der in Absatz 1 benannten Prüfungsleistungen endgültig mit "nicht ausreichend" bewertet worden ist oder mit "nicht ausreichend" bewertet gilt. Über die nicht bestandene Diplomprüfung oder über den Verlust des Prüfungsanspruchs gemäß § 11 Abs. 5 wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag stellt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach der Exmatrikulation eine Bescheinigung aus, die erbrachten Prüfungsleistungen und Leistungsnachweise und deren Benotung sowie die zur Diplomprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen oder Leistungsnachweise enthält. Aus der Bescheinigung muß hervorgehen, daß der Kandidat die Diplomprüfung endgültig nicht bestanden oder seinen Prüfungsanspruch gemäß § 11 Abs. 5 verloren hat.

(3) Absatz 2 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend, wenn der Kandidat Fachprüfungen nach § 11 Abs. 2 endgültig nicht bestanden hat.

§ 32

Zeugnis, Gesamtnote, Diplom-Urkunde

(1) Über die bestandene Diplomprüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach der letzten Prüfungsleistung, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält die Noten der Fachprüfungen, das Thema ggf. in einer Kurzfassung und die Note der Diplomarbeit, die Note des Kolloquiums sowie die Gesamtnote der Diplomprüfung. In dem Zeugnis werden ferner die Leistungsnachweise gemäß § 21 in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung waren, mit den dabei erzielten Noten und das erfolgreich abgeleistete Praxissemester aufgeführt. Der gewählte Studiengang und die gewählte Studienrichtung sind im Zeugnis kenntlich zu machen; dies gilt auch für Prüfungsleistungen nach Satz 2 und Leistungsnachweise nach Satz 3, die an einer anderen Hochschule, erbracht und nach § 8 angerechnet worden sind.

(2) Die Gesamtnote der Diplomprüfung wird aus dem arithmetischen Mittel der in Absatz 1 genannten Einzelnoten gemäß § 10 Abs. 4 gebildet. Dabei werden folgende Notengewichte zugrunde gelegt:

Diplomarbeit	25 %
Kolloquium	10 %
Durchschnitt der Noten der Fachprüfungen	65 %

Zur Bildung des Durchschnitts der Noten der Fachprüfungen werden diese entsprechend dem Stundenumfang nach der Studienordnung gewichtet.

(3) Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und vom Dekan des Fachbereiches zu unterzeichnen. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

(4) Gleichzeitig mit dem Zeugnis erhält der Kandidat die Diplom-Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses. Darin wird die Verleihung des Diplomgrades beurkundet. Die Diplom-Urkunde wird vom Dekan und vom Rektor unterzeichnet und mit dem Siegel der Fachhochschule versehen.

§ 33

Zusatzfächer

(1) Der Kandidat kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Fächern einer Prüfung unterziehen (Zusatzfächer). Das Ergebnis dieser Prüfungen wird auf Antrag des Kandidaten in das Zeugnis aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht berücksichtigt.

(2) Als Prüfung in Zusatzfächern gilt auch, wenn der Kandidat aus einem Katalog von Vertiefungs- oder Wahlpflichtfächern mehr als die vorgeschriebene Anzahl auswählt und durch Fachprüfungen oder Leistungsnachweise abschließt. In diesem Fall gilt die zuerst abgelegte Prüfung als die vorgeschriebene Prüfung, es sei denn, daß der Kandidat vor der ersten Prüfung etwas anderes bestimmt hat.

IX. Schlußbestimmungen

§ 34

Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Nach Abschluß des Prüfungsverfahrens wird dem Kandidaten auf Antrag Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten gewährt.
- (2) Die Einsichtnahme ist binnen einem Monat nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses oder des Bescheides über die nicht bestandene Diplomprüfung beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu beantragen. Der Vorsitzende bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.
- (3) Die Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen, die sich auf eine Fachprüfung (FP), eine Prüfungsvorleistung für eine Fachprüfung (PVL) oder einen Leistungsnachweis (LN) beziehen, wird dem Kandidaten auf Antrag bereits nach Ablegung der jeweiligen Prüfung gestattet. Der Antrag ist binnen einem Monat nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zu stellen. Im übrigen gilt Absatz 2 entsprechend.

§ 35

Ungültigkeit von Prüfungen

- (1) Hat der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 31 Abs. 2 Satz 3 bekannt, so kann der Prüfungsausschuß nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Diplomprüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne daß der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 31 Abs. 2 Satz 3 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so kann die Fachprüfung für "nicht ausreichend" und die Diplomvorprüfung und die Diplomprüfung für nicht bestanden erklärt werden.
- (3) Das unrichtige Prüfungszeugnis oder die unrichtige Bescheinigung nach § 31 Abs. 2 Satz 3 ist einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 31 Absatz 2 Satz 3 ausgeschlossen.

§ 36

Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

- (1) Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Fachhochschule Lausitz in Kraft.
- (2) Studenten, die beim Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung eingeschrieben sind, schließen ihr Studium nach dieser Prüfungsordnung ab.

Anlage

STUDENTAFEL VERSORGUNGSTECHNIK

	Σ	Semester							
	SWS	1 SWS	2 SWS	3 SWS	4 SWS	5 SWS	6 SWS	7 SWS	8 SWS
Grundstudium									
Mathematik	12	4 LN	4 LN	4 LN	8 LN				
Physik	8	4 LN	4 LN						
Chemie	4	2 LN	2 LN						
Werkstofftechnik	4	2 LN	2 LN						
Technische Mechanik	4	2 LN	2 LN						
Technische Wärme- und Strömungslehre	18	2 LN	4 LN	4 LN					
Elektrotechnik	8	2 PVL	2 PVL	4 FP					
EDV/CAD	8	4 LN	2 LN	2 LN					
Betriebswirtschaft	6	2 LN	2 LN	2 LN					
Fremdsprache/allgemeines Wahlfach	4	4 LN							
Zwischensumme	76	28	24	16	8	0	0	0	0
Fachstudium									
MSR-Technik	6			2 FP	4 FP				
Heizungstechnik	10		2 PVL	2 FP	2 PVL		4 FP		
Feuerungstechnik, Immissionsschutz	8			2 FP	2 PVL		4 FP		
Klimatechnik	12			2 FP	2 PVL		6 PVL	2 FP	
Sanitärtechnik, Siedlungswasserwirtschaft	10		2 PVL	2 FP	6 FP				
Gastechnik, Gasversorgungstechnik	8				4 PVL		4 FP		
Baubetrieb	8						4 LN	4 LN	
Vertiefungsfach I	8						2 PVL	6 FP	
Vertiefungsfach II	8						2 PVL	6 FP	
Wahlpflichtfach I	4						2 LN	2 LN	
Wahlpflichtfach II	4						2 LN	2 LN	
Betriebliche Kommunikation	2							2 LN	
Diplomandenseminar	4								4 LN
Praktisches Studiensemester	4					4 LN			
Zwischensumme	96	0	4	10	20	4	30	24	4
Summe	172	28	28	26	28	4	30	24	4

Studienrichtung:	Technische Gebäudeausrüstung	Kommunale Ver- und Entsorgungstechnik
Zwei Vertiefungsfächer und zwei Wahlpflichtfächer aus dem Katalog:	<ul style="list-style-type: none"> - Kältetechnik - Bauphysik - Alternative Energien - Fernwärmetechnik (Fernwärmetechnik, Rohrleitungsbau, BHKW-Planung und -Betrieb) - Wasserwirtschaft/Abfallwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Fernwärmetechnik (Fernwärmetechnik, Rohrleitungsbau, BHKW-Planung und -Betrieb) - Energiewirtschaft, Elektrizitätsversorgung - Gasversorgung - Wasserwirtschaft/Abfallwirtschaft